

Vorwort

Jana Offergeld

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung. Sie müssen, wie alle anderen Menschen, darüber entscheiden können, wann, wie und mit wem sie ihre Sexualität ausleben möchten und ob und wie viele Kinder sie haben möchten. Außerdem haben sie Anspruch auf Schutz vor sexualisierter Gewalt.

Wir wissen allerdings, dass viele Menschen mit Behinderungen diese Rechte nicht gleichberechtigt mit anderen ausleben können – auch 15 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. Die Sexualität gehört leider auch heute zu den Lebensbereichen, in denen die anhaltende Diskriminierung und Verwehrung von Selbstbestimmung gegenüber Menschen mit Behinderungen besonders schwerwiegend sind.

Noch immer werden sowohl das Recht von Menschen mit Behinderungen als auch ihre Fähigkeit, Sexualität zu leben, vielerorts grundlegend in Frage gestellt. Diese Entsexualisierung geht mit gravierenden Unrechtserfahrungen einher, die im politischen und fachlichen Diskurs über die Rechte von Menschen mit Behinderungen bisher wenig Aufmerksamkeit erfahren. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass sich dieser Sammelband diesem dringenden Thema widmet.

Der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen überprüft die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weltweit. Die Umsetzung in Deutschland hat er im Jahr 2023 zum zweiten Mal überprüft. Das Ergebnis dieser Staatenprüfung ist in den sogenannten Abschließenden Bemerkungen nachzulesen, die der Ausschuss am 3. Oktober 2023 veröffentlichte. Darin werden konkrete Probleme adressiert, die für die sexuelle Selbstbestimmung und Elternschaft von Menschen mit Behinderungen relevant sind. Es wird bemängelt, dass Menschen mit Behinderungen empfängnisverhütende Maßnahmen ohne ihre freie und informierte Zustimmung erleben und ihr Recht auf eine selbstbestimmte Sexualität und Elternschaft nicht ausüben können. Es fehlen angemessene Präventions- und Schutzmaßnahmen bei Missbrauch und sexualisierter Gewalt sowie barrierefrei zugängliche Unterstützungsstrukturen wie Frauenhäuser oder Beratungsstellen. Bewohner*innen von institutionalisierten Wohnformen sind in besonderem Maße von Einschränkungen ihrer (sexuellen) Teilhabe und Selbstbestimmung sowie von Gewalterfahrungen betroffen.

Die Beiträge dieses Buches thematisieren viele der genannten menschenrechtlichen Herausforderungen. Dabei wird insbesondere der Perspektive selbst betroffener Menschen Raum gegeben. Die Autor*innen prangern eindrücklich die beharrlichen strukturellen, aber auch einstellungsbezogenen Barrieren an, die Menschen mit Behinderungen in Deutschland an der selbstbestimmten Ausübung ihrer Se-

xualität hindern. Es werden aber auch positive Entwicklungen und Ansätze zu ihrer Bewältigung aufgezeigt. Dabei wird deutlich, wie wichtig die politische, wissenschaftliche, soziale und pädagogische Arbeit sowie das Engagement von Selbstvertreter*innen in diesem Bereich ist.

Wir wünschen dem Buch die größtmögliche Verbreitung, damit die Beiträge neue Aufmerksamkeit auf bestehende Missstände lenken und notwendige Transformationsprozesse mit anstoßen können.

*Jana Offergeld,
Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention
des Deutschen Instituts für Menschenrechte*